No. 36. **Merseburger** 1849.

Kreis-Blatt.

Drei und Zwanzigster Jahrgang.

2. Quartal. Sonnabend den 5. Mai 1849. Stück 10.

Aristokrat. Demokrat.

Daß diese beiden Wörter, die ursprünglich eine so gute Bedeutung haben, und wohl neben einander stehen können, von den verschiedenen Parteien als Schimpfwörter gebraucht werden, gehört mit zu den traurigen Zeichen der Zeit.

Die „Herrschaft der Besten" und die „Herrschaft des Volkes," ist denn das etwa etwas Unvereinbares? Ja ist es nur überhaupt möglich, sie zu trennen? Der wahre, der gute, der vernünftige Wille des Volkes soll Geltung bekommen, soll herrschen. Das wird doch wohl schon der Wille der Edelsten und Besten des Volkes sein! Und durch wen wird das Volk seinen Willen aussprechen, wen wird es dazu berufen ihn ins Werk zu setzen, mit andern Worten, durch wen wird es die Herrschaft ausüben — nicht wieder durch die Edelsten, Besten, Tüchtigsten aus seiner Mitte? Das sind eben die Aristokraten.

Wenn doch jeder Demokrat ein echter Aristokrat zu werden, als der Besten Einer das Beste mit zur Geltung, zur Herrschaft zu bringen suchte! Wenn doch jeder Aristokrat als wirklich der Besten und Edelsten des Volkes Einer sich fühlte und durch seine höhere Begabung, Bildung, Lebensstellung und Besitz nur den vernünftigen Willen seines Volkes zur Herrschaft zu bringen strebte, d. h. ein rechter Demokrat wäre! Wahrlich dann stünde es gut um den Staat und um die bürgerliche Gesellschaft. Dann würde statt des selbstsüchtigen und niedern ein uneigennütziger und hoher Ehrgeiz die Seelen bewegen und zu edeln Thaten für des Volkes Wohl spornen. Dann würde die kleinliche Eifersucht und der hämische Neid der scheinbar Geringern und Schwächern gegen die scheinbar Vornehmern und Mächtigern schwinden, aber auch die Selbstüberhebung und der eingebildete Stolz dieser gegen jene.

Der wahre Aristokrat will nicht äußerlich mehr sein als die Andern; er will nur mit den besondern Gaben, die er erhalten hat, mehr wirken, will größere Lasten tragen, größere Opfer für das Gesammtwohl bringen, er will in Gesinnung, Bildung, Rede und That wirklich immer als der Besten Einer sich beweisen. Der wahre Demokrat verwechselt nicht seinen augenblicklichen Willen, auch nicht den seiner Umgebung, oder einer beliebigen Masse mit dem seines ganzen Volkes, sondern sucht diesen in der Gesammtstimme der Presse, der Volksvertretung und ordnet ihm gern sich unter, wenn er auch seinen Ansichten nicht ganz entspricht; er erkennt die Edlern und Bessern willig und neidlos als solche an und freut sich, wenn sie zum Wohle des Ganzen in kleinern oder größern Kreisen die Leitung übernehmen.

Noch einmal, wahre Aristokratie und wahre Demokratie sind sich nicht entgegen gesetzt, sondern gehören wesentlich zusammen und sind nur verschiedene Seiten und Erscheinungen derselben Sache. Daß man darum doch endlich aufhörte, das feindselig zu trennen, was von Gottes- und Rechtswegen innig verbunden sein muß, daß man doch darum endlich von beiden Seiten aufhörte, diese an sich so edlen Benennungen zu einem Schimpfe zu machen!

Nach amtlichen Berichten stellt sich das Verhältniß der im März des vorigen und des laufenden Jahres erfolgten Einzahlungen und Rückforderungen bei der Sparkasse in Berlin wie folgt heraus. Im März 1848 wurden eingezahlt 11,836 Thlr., zurückgefordert 407,329 Thlr. Im März 1849 dagegen wurden eingezahlt 60,405 Thlr., zurückgefordert 25,030 Thlr. — Doch ein gutes Zeichen für Hebung des Verkehrs und Wohlstandes in diesem Jahre.

Aus Berlin wird vom 1. Mai gemeldet: Soeben erfahren wir aus ganz zuverlässiger Quelle: „Gestern Morgen erhielt die Direction der Oberschlesischen Eisenbahn vom Ministern des Innern die telegraphische Depesche, daß 30,000 Mann russischer Truppen von Krakau vermittelst der oberschlesischen Bahn (als von Krakau über Myslowitz, Kosel, Ratibor, Oderberg) nach Oesterreich befördert werden würden. Die Direction der oberschlesischen Bahn wird verständigt, daß die Königl. Preußische Regierung Nichts dagegen einzuwenden habe und erwarte, daß die Bahndirection diesem Transport in Nichts hinderlich sein würde." Die Depesche war unterzeichnet v. Manteuffel.

Im Staatsministerium ist man lebhaft mit dem neuen Wahlgesetz beschäftigt. So einig man darüber geworden ist, die Octroyirung eines solchen nach repressiven Grundsätzen vorzunehmen, auf so viel Schwierigkeiten soll man bei der Festsetzung dieser Grundsätze stoßen. Wie wir aus guter Quelle vernehmen, theilt sich das Ministerium vornehmlich zwischen zwei Meinungsverschiedenheiten. Nach der einen Ansicht, deren Vertreter besonders der Minister v. Mantenffel ist, soll das Wort „selbstständig" eine engere Interpretation erfahren und zwar dahin, daß es auf eigenen Heerd oder Hausstand beschränkt würde, also alle sogenannten Ledigen, namentlich bei Brodherren wohnenden u. s. w. Leute ausgeschlossen blieben. Man glaubt dies um so leichter durchzusetzen, als früher eine authentische Interpretation des Wortes „selbstständig" noch nicht stattgefunden hat und man sich sonach nur an die bestehende Gesetzgebung anzuschließen brauche. Eine entgegenstehende Ansicht im Ministerii hält dies jedoch nicht für zureichend und will ein ganz neues Wahlgesetz nach einem auf etwa drei Steuerklassen fundirten Census. Die Wähler würden danach in Höchst-,

Mittelst- und Niedrigst-Besteuerte zerfallen und die Organisation derartig statt haben, daß die Abgeordneten der ersten Klasse an Kopfzahl den anderen überlegen wären. Ueber den Modus der Ausführung schwankt man indeß bei diesem Vorschlage noch sehr.

Ein schöner Zug. Als am vergangenen 16. General Wrangel unerwartet nach Potsdam kam und Generalmarsch schlagen ließ, warf sich ein Quartiermeister des Ulanenregiments eilig auf sein Pferd, um einige vor dem Thore exercirende Schwadronen zu benachrichtigen. Unmittelbar darauf stürzte er mit dem Pferde, wurde besinnungslos nach der Stadt gebracht und verschied bald. Seine Frau aber lag in Wochen mit dem 4. Kinde. Tags darauf schickte der General, der den traurigen Fall erfahren, 4 Louisd'or für die ersten Auslagen und bat sich die Pathenstelle bei dem Kinde aus. Der alte Herr stand auch wirklich Gevatter, gab dem Kinde seinen Namen, band 20 Louisd'or ein und versprach, zeitlebens für das Kind zu sorgen. Nach seinem Tode werde sein Sohn an seine Stelle treten. Ein im Regiment dienender Prinz band 5 Louisd'or ein, das ganze Regiment aber erklärte sich zu einem dauernden Löhnungsabzug bereit, um der Frau des Verunglückten die volle Löhnung als Pension zu sichern.

Am 4. Sonntag nach Ostern predigen in der

Schloß- und Domkirche: Vorm. Herr Diac. Simon; Nachm. Herr Adj. Weiß.

Stadtkirche: Vorm. Herr Pastor Schellbach; Nachm. Herr Diac. Hartung.

Nach der Vormittagspredigt öffentliche Beichte und Abendmahl, gehalten vom Herrn Past. Schellbach.

Neumarktskirche: Herr Pastor Triebel.

Altenburger Kirche: Herr Pfarrverweser Kötteritz.

Nächsten Donnerstag, Vormittags 11 Uhr, allgemeine Beichte und Abendmahl.

Kirchennachrichten von Merseburg.

Dom. *Vacat.*

Stadt. Geboren: dem Schneidermstr. Pechmann eine Tochter; dem Justiz-Commissarius Klinkhardt eine Tochter.

Neumarkt. *Vacat.*

Altenburg. Geboren: dem Oeconomie-Commissarius Oemler ein Sohn; ein außerehel. Sohn. — Getrauet: der Glasermstr. Sack mit Marie Elisabeth Jähnert aus Weißenfels; der Dienstknecht Steinbrück mit Jgfr. Amalie Friederike Caroline Schaffernicht; der Brauknecht Sack mit Friederike Henriette Bergner aus Schladebach.

Kirchennachrichten von Schaafstädt: April.

Geboren: dem Handarbeiter Hertling ein Sohn; dem Schneidermstr. Magnus eine Tochter; dem Bürgermeister Berger eine Tochter; eine unehel. Tochter; dem Maurer Hüttenrauch ein Sohn. — Gestorben: ein Sohn des Oeconomen Friedemann, 1 J. 4 W. alt, an Abzehrung; der Oeconom Stöber, 64 J. alt, an Magenverhärtung; eine unehel. Tochter, 6 M. alt, an Verzehrung.

Bekanntmachungen.

Mittheilung für die Parochianen der Altenburg.

Den von den Parochianen der Vorstadt Altenburg unter dem 19. November v. J. an uns gerichteten Antrag bei den geistl. Behörden, unter allen Umständen dahin zu wirken, daß dem Pfarrverweser Kötteritz die hiesige Pfarrstelle verliehen werde, sind wir vollständig nachgekommen. Wir haben diese Sache durch gehörig motivirte Eingaben durch alle zulässige Instanzen der Behörden verfolgt und da wir leider überall auf unsere Eingaben abschläglich beschieden wurden, wendeten wir uns auch noch unter dem 29. März d. J. mit einem gehorsamen Immediatgesuch an Se. Maj. den König, erhielten jedoch auch hierauf den hierunter nachstehenden abschläglichen Bescheid.

Wir theilen daher den Parochianen dieses Endresultat der Sache ganz ergebenst mit und bedauern nur schließlich, daß wir mit unsern Gesuchen und Bitten kein Gehör gefunden haben.

Altenburg vor Merseburg, den 3. Mai 1849.

Die Kirchfahrts-Deputation.

Des Königs Majestät haben die von Ihnen überreichte Vorstellung vom 29. v. M., betreffend die Beförderung des Pfarr-Amtsverwesers Kötteritz zu der dortigen Pfarrstelle, an mich zur nochmaligen Prüfung und Bescheidung abgeben zu lassen geruht. In Folge dessen eröffne ich Ihnen in Uebereinstimmung mit der Abtheilung des Ministeriums für die innern evangelischen Kirchen-Angelegenheiten, daß ich keine Veranlassung finden kann, von der diesseitigen wohlerwogenen Verfügung vom 17. März c. abzugehen.

Berlin, den 26. April 1849.

Der Minister der geistlichen Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten.

von Ladenberg.

An die Kirchfahrts-Deputation der Vorstadt Altenburg.

Auction. Es sollen den 12. Mai d. J., Vormittags von 9 Uhr an, auf dem Rathhause Nachlaß- und abgepfändete Effecten, als: Möbeln, Hausrath, Betten, Wäsche, Kleider, 1 großes Präsentirbrett, 1 guter Waschkessel und Schlosserwaaren, versteigert werden.

Merseburg, den 3. Mai 1849.

Nagel, Auct.

Bekanntmachung.

Es will die Gemeinde Schweßwitz das Hirtenhaus mit Gemeinde-Berechtigungen und einem Planstück von 167 Ruthen den 13. Mai d. J. in der Schenke zu Schweßwitz auf das Meistbietende verkaufen. Die Bedingungen werden in dem Termine bekannt gemacht.

Schweßwitz, den 17. April 1849.

J. Gottfried Götze, Richter.

Den unentgeldlichen Wegfall der Hufengelder auch im Herzogthume Sachsen betr.

In meinem Verlage ist so eben erschienen und für 10 Sgr. zu beziehen, eine Abhandlung des Adv. **Heinrich Graichen** zu Leipzig: über Landesfrohnen, Hofleistungsdienste, Hufengelder und andere alte Abgaben, welche den Charakter einer Steuer an sich tragen, so wie über die Besteuerung der Realberechtigungen.

Es ist dies in volksthümlicher Sprache eine Beleuchtung der Ungleichheiten und Gebrechen, welche sich im Verlaufe der Zeit für den mit Feudallasten behafteten bäuerlichen Grundbesitz herausgestellt haben ꝛc.

Leipzig, den 1. Mai 1849.

Otto Klemm.

Auf dem Rittergute **Schkopau** sind zwei Brau-Bottiche in gutem Stande zu verkaufen.

Ein Haus mit großem Obstgarten in einem Dorfe nahe bei Leipzig, für einen Handwerker, namentlich Stellmacher und dergl. passend, ist sofort zu verkaufen.

Daselbst ist auch eine 200 Schock Getreide fassende Scheune, 1 Schweinehaus, 25 Schock Futterstroh, 100 Scheffel gute Kartoffeln und 5 Wispel Augusthafer zum Säen zu haben. Auskunft ertheilt Herr Ortsrichter **Härtel** in Günthersdorf beim schwarzen Bär.

Eine freundliche Stube mit nöthigem Zubehör ist jetzt nächste Johanni zu vermiethen, in der Oelgrube Nr. 326.

Empfehlung eines volksthümlichen Wochenblattes.

Das Bedürfniß, sich über die großen Tages-Fragen klar zu werden, zeigt sich nicht mehr blos unter den Gebildeten, sondern es wird jetzt in allen Klassen der menschlichen Gesellschaft empfunden.

In der That wird auch die Lösung dieser Fragen erst dann erreicht werden, wenn die Betheiligung am Staate nicht mehr das Vorrecht Weniger ist, sondern wenn Alle bemüht sind, sich als Glieder eines großen Ganzen zu betrachten und zu dessen Wohl mitzuwirken.

Das beste Mittel zur Förderung der politischen Bildung, zum Bewußtsein der Rechte und Pflichten des Staatsbürgers, ist unstreitig das Lesen eines guten volksthümlichen Blattes.

Größere Zeitungen giebt es bekanntlich in bedeutender Zahl; doch scheint mir dem Bedürfniß des Handwerkers, des Landmanns und des Arbeiters, welche eine bildende Sonntagslectüre verlangen, bisher keineswegs genügt. Denn jeder Unbefangene wird wohl erkennen, daß das von der Reactionspartei vor einiger Zeit hier sehr fleißig verbreitete Sonntagsblatt der neuen preuß. Zeitung, durch sein Schimpfen nicht zur Bildung derjenigen Kreise beitragen konnte, für die es berechnet schien.

Im Laufe des letzten Winters bin ich öfter von Landleuten um Nachweisung eines kurzen, gesinnungstüchtigen Blattes angegangen, ohne daß mir ein solches bekannt geworden wäre. Ich freue mich jedoch jetzt ein ganz zweckentsprechendes Blatt aus vollster Ueberzeugung empfehlen zu können. Es ist dies: **„Der Sonntagsbote"** von Ahrensdorf in Potsdam herausgegeben.

Die bis jetzt erschienenen 11 Nummern enthalten kurze Aufsätze über die wichtigsten Zeitfragen, einen Auszug aus den Verhandlungen der Volksvertreter und eine Uebersicht der politischen Begebenheiten der Woche. Der leitende Gedanke ist: die Verwirklichung der demokratischen Monarchie.

Das Blatt erscheint jeden Sonntag 1 bis 1½ Bogen stark auf weißem Papier mit sauberm Druck und kostet auf jedem Postamt nur 10 Sgr. vierteljährlich. Wenn sich viele Besteller finden, will der Verleger bedeutenden Rabatt geben, wodurch es vielleicht möglich werden könnte, das Blatt den Bestellern durch besondere Boten ins Haus zu senden.

Zur Förderung der guten Sache bin ich gern erbötig die Vermittelung zu übernehmen und bitte Zuschriften in dieser Angelegenheit für mich auf der Post niederzulegen.

Wegwitz, den 1. Mai 1849. **Reissert.**

Regen- und Sonnenschirme in Seide und Baumwolle empfiehlt zu den billigsten Preisen

Ernst Kloppe, Entenplan Nr. 82.

Reparaturen jeder Art werden schnell, dauerhaft und billig gefertigt, bei

Ernst Kloppe, Entenplan Nr. 82.

Handlungs-Anzeige.

Unter dem heutigen Tage habe ich das Material-, Taback- und Wein-Geschäft des Herrn J. C. F. Terppe am hiesigen Platze übernommen.

Ich empfehle mich zur geneigten Berücksichtigung, unter der Versicherung der reellsten Bedienung.

Merseburg, den 1. Mai 1849.

Hochachtungsvoll

A. Schönert.

Indem ich obige Anzeige bestätige, danke ich freundlichst für das mir bewiesene Vertrauen und bitte, solches auf meinen Herrn Nachfolger zu übertragen.

Merseburg, den 1. Mai 1849.

J. C. F. Terppe.

Bekanntmachung.

Um den Wünschen meiner geehrten Gönner entgegen zu kommen, werde ich nach Art der so beliebten hellen Lagerbiere, von Donnerstag den 10. Mai ab

ein helles Lichte-Bier brauen.

Die Tonne **2 Thlr. 10 Sgr., die Theilkanne 2 Sgr. 3 Pf.** Dieses Bier wird sich hauptsächlich wegen seinen leichten, reinen, bittern und bairischen Hopfen-Bestandtheilen als ein **conservatives** Getränk gegen Magenleiden bewähren, auch seines angenehmen Geschmackes halber sich empfehlen. Die Behandlung ist die meines Weißbiers.

Merseburg, den 4. Mai 1849.

M. A. Leonhardt,

Besitzer der Brauerei dem Schloßgarten gegenüber.

Anzeige.

Der Betrieb der Braunkohlen-Grube Nr. 18. in Hohenweidener Feldflur ist wieder eröffnet. Die gute Qualität der Kohle durch unterirdischen Abbau, so wie die leichte und sehr bequeme Abfahrt derselben wird den geehrten Consumenten ganz besonders empfohlen.

Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft in Erfurt.

Versicherungen gegen Hagelschäden der obigen Gesellschaft nehme ich auch in diesem Jahre an, werde jedem Interessenten die nöthigen Formulare auf Verlangen behändigen, so wie jede nähere Auskunft über die in bedeutender Zunahme stehende Gesellschaft ertheilen.

Agentur Merseburg.

Leopold Meißner.

Hagel-Assecuranz.

Daß ich auch in diesem Jahre Versicherungen gegen Hagelschaden für die neue Berliner Hagel-Assecuranz-Gesellschaft übernehme, zeige ich hierdurch ergebenst an.

Merseburg, den 19. April 1849.

Kieselbach,

Königl. Lotterie-Einnehmer.

☞ **Einladung zum Tanzvergnügen,**

Sonntag den 6. Mai.

Wittwe **Hartenstein** in **Leuna.**

Sonntag den 6. Mai Concert auf der **Funkenburg.** Anfang 3 Uhr.

NB. Sollte Regenwetter eintreten, so findet das Concert Montag den 7. Mai statt und beginnt dann um 6 Uhr. **H. Sußmann,** Stabstrompeter.

Missionsfest in Weißenfels.

Wir laden alle auswärtige Freunde des Reiches Gottes dazu

Mittwoch, den 9. Mai c.,

hiermit ein, und bitten mehr als je um zahlreiche und andächtige Theilnahme, indem wir von demselben außer dem Segen für das heilige Werk selbst, dem das Fest gilt, auch eine Stärkung der gliedlichen Gemeinschaft der auf Einem Glaubensgrunde Stehenden in dieser zerrissenen Zeit hoffen. Die Predigt zu übernehmen hat Herr Pastor Appuhn aus Altenhausen zugesagt. Der Gottesdienst beginnt Nachmittags 2 Uhr.

Das Comité des Missions-Hülfsvereins.

Einladung.

In vielen Gegenden unseres Vaterlandes haben die Lehrer aller Arten von Schulen, ihren Beruf als einen gemeinsamen empfindend, angefangen, sich in weitern Kreisen zu engerm Vereine zusammen zu schließen. Es weist dies auf ein tiefgefühltes Bedürfniß hin, das daher seine Befriedigung erwartet. Und wer kann auch in unserer Zeit Lehrer sein, ohne sich die Frage vorzulegen nach Stellung der Schule zum Leben und seinen Zwecken? und woher sollte er bessern Rath und Belehrung erwarten, als von der eigenen Genossenschaft, welche zu der Wissenschaft die Erfahrung gesellt? und woher, wenn bei schwerer Berufspflicht, oft unter den drückendsten äußern Umständen, der Ermuthigung und Kräftigung bedarf, sie lieber entlehnen wollen als aus dem Gefühle der durch gleichen Beruf geknüpften Zusammengehörigkeit? Diese Betrachtung hat denn auch bei einer größern Anzahl der Lehrer unserer Stadt den Wunsch nach einer engern Vereinigung der Lehrer aller Klassen für unsern Kreis zu dem angedeuteten Zweck hervorgerufen. Ueber Mittel und Wege glaubte man sich jeder vorgreiflichen Meinung enthalten zu müssen, sondern einigte sich nur dahin, vorläufig eine Einladung zu einer eingehendern Besprechung über diesen Gegenstand durch diese Blätter an alle Lehrer unseres Kreises gelangen zu lassen. Somit ergeht denn an diese zunächst die ergebenste Bitte um recht zahlreiche Betheiligung. Der ausgesprochene Wunsch, daß es den geehrten geistlichen und weltlichen Schulvorständen gefallen möchte, ihre gütige Mitwirkung und Theilnahme gleichfalls dem Unternehmen zuzuwenden, fand bei den Versammelten allgemeinen und lebhaften Anklang.

Als Zeit der Zusammenkunft wurde der 12. Mai, Sonnabend Nachmittag 2 Uhr, als Ort derselben der vor dem Sixtithore gelegene Thüringer Hof beliebt.

Merseburg, den 3. Mai 1849.

Dank, herzlichen Dank allen Denen, welche unseren einzigen lieben verstorbenen Sohn in einem Alter von 24 Jahren 4 Monate am 30. April zu seiner Ruhestätte begleiteten und den Sarg so schön mit Kränzen schmückten. Besonders dem Herrn Pastor Backs für die am Grabe gesprochenen erhebenden Worte des Trostes, so wie dem Dürrenberger Gesangverein und dem Herrn Winkler nebst seinem Musikchor sprechen wir hierdurch öffentlich unsern innigsten tief gefühltesten Dank wiederholt aus. Möge der allmächtige Gott einen Jeden vor ähnlichen Schicksalen behüten.

Porbitz, den 1. Mai 1849.

Christian Richter nebst Ehefrau.

Verzeichniß der Backwaaren

für den Monat Mai c.

Namen der Bäcker und Brodhändler.	Wohnung derselben.	Preis und Gewicht des Brodes: 1 2pf. Brod Loth	Qtch.	ein 1gr. Brod Pfund	Loth	Qtch.	ein 5gr. Brod Pfund	Loth	Qtch.
A. hies. Bäcker.									
Alberts	Gotthardtsstr.	8	—	2	—	—	10	—	—
Brückner	Altenburg	7	—	1	26	—	9	—	—
Dante sen.	Altenburg	—	—	1	28	—	9	16	—
Dante jun.	Preußergasse	7	3	2	—	—	10	—	—
Deichert	Schmalegasse	7	—	2	—	—	10	—	—
Fuchs	desgl.	8	—	2	—	—	10	—	—
Frauenheim	Gotthardtsstr.	8	—	2	4	—	10	24	—
Franke	Markt	7	—	1	24	—	9	—	—
Heubner	Altenburg	7	—	1	30	—	9	20	—
Hoffmann	Markt	8	—	2	—	—	10	—	—
Heubner	Breitestraße	7	2	1	25	—	9	—	—
Heyne	Oelgrube	7	2	1	26	—	9	—	—
Heyne	Johannisgasse	7	2	1	26	—	9	—	—
Heyne	Burgstraße	7	2	1	26	—	9	—	—
verehel. Höschel	Altenburg	7	—	1	20	3	8	7	3
Hartmann	desgl.	7	—	1	26	—	9	—	—
Hartmann	Oelgrube	8	—	2	—	—	10	—	—
Kraft	Breitestraße	7	3	2	2	—	10	10	—
Koch	Gotthardtsstr.	6	½	2	—	—	10	—	—
Lange	Sixtigasse	6	—	1	28	—	9	16	—
Luther	Altenburg	7	2	2	6	—	10	16	—
Molnau	Oberbreitestr.	7	—	2	—	—	10	—	—
Nohle	Neumarkt	8	—	1	27	—	9	16	—
Putz	Sixtigasse	7	—	2	1	2	10	8	—
Riedel	Entenplan	6	2	1	30	—	9	22	—
Schäfer	Neumarkt	8	—	2	—	—	10	—	—
Ww. Schäfer	Neumarkt	8	—	1	26	—	8	20	—
Schmidt	Neumarkt	9	—	1	22	—	9	—	—
Schubert	Altenburg	6	—	1	28	—	9	16	—
Tuchscherer	Altenburg	7	—	1	26	—	9	—	—
B. hies. Brodhdlr.				ein 2gr. Brod					
Fichtler	Altenburg	—	—	3	28	—	9	16	—
Müller	Brühl	—	—	3	28	—	9	16	—
Seamewin	Altenburg]	—	—	—	—	—	9	—	—
C. Landbäcker.									
Böhme	Crumpa	—	—	3	24	—	9	12	—
Glaß	Möckerling	—	—	3	24	—	9	12	—
Henniges	Wallendorf	—	—	3	28	—	9	16	—
Münr	Neumark	—	—	3	6	2	8	—	—
Ronneburg	Frankleben	—	—	3	10	2	8	12	—
Wächter	Naundorf	—	—	4	—	—	10	8	—

Von den hiesigen Bäckern liefert der Bäckermstr. Frauenheim das größte und die verehel. Bäckermeister Höschel das kleinste Schwarzbrod; das Weißbrod liefert am schwersten der Bäckermeister Schmidt und am leichtesten die Bäckermeister Lange und Schubert.

Von den Landbäckern liefert Wächter das schwerste und Münx das leichteste Brod.

Merseburg, den 3. Mai 1849.

Der Magistrat.

Bekanntmachungen für das nächste Stück sind bis Montag Abend gefälligst einzusenden.

Druck und Verlag von Kobitzschens Erben. Redigirt von Carl Jurk in Merseburg.

Hierzu eine Beilage.

Beilage zum 36. Stück des Merseburger Kreisblatts.

Rede

des Ministers des Innern von Manteuffel,

gehalten

in der 35. Sitzung der Zweiten Kammer am 25. April 1849,

betreffend

den Antrag des Abgeordneten Waldeck wegen Aufhebung des Belagerungszustandes der Stadt Berlin.

Meine Herren! So ungünstige Urtheile ich auch zuweilen über mich in dieser Versammlung zu hören gehabt habe, so wird man mir doch das Zeugniß nicht versagen, daß ich es, wo es irgend anging, vermieden habe, Persönlichkeiten zu erwähnen und Sachen zur Sprache zu bringen, welche irgend eine Aufregung hervorrufen konnten.

Ich bedaure, bei dem gegenwärtigen Gegenstande nicht in der Lage zu sein, ganz an diesem Prinzipe festhalten zu können.

Es wird unvermeidlich sein, manche unangenehme Dinge zu erwähnen und manche Personen zu nennen; ich werde mich indeß auf das Allernothwendigste beschränken und hoffe von der Gerechtigkeit der hohen Kammer, daß sie dies anerkennen wird.

Ich wende mich zu dem Bericht des Central-Ausschusses und erlaube mir zunächst eine abweichende Meinung hinzustellen in Bezug auf das, was der Kommissarius der Regierung erklärt haben soll. Wie seine Erklärung hier Fol. 2. erwähnt ist, stimmt sie nicht mit der von mir ertheilten Instruction überein. Ich habe daher Veranlassung genommen, den betreffenden Beamten, da ich leider verhindert war, zu erscheinen, aufzufordern, zu erklären, was er dort gesagt habe. Seine Worte lauten:

> „Die Thatsachen, deren Vorhandensein die Fortdauer des Belagerungszustandes rechtfertigt, sind vollständig zu erweisen. Dies kann freilich zur vollen Evidenz erst durch die gerichtliche Prozedur geschehen, welche zu erwarten ist. Selbst der sogenannte actenmäßige Beweis genügt dem Rechtsbewußtsein der Zeit nicht mehr. Auch verbieten Rücksichten gegen Personen und Sachen die frühzeitige unverholene Enthüllung der ganzen Sachlage. Endlich aber besteht keine Gewißheit, daß das gesammte Material hier konzentrirt sei. Im Gegentheil, es ist anzunehmen, daß viel daran fehlt. Denn es giebt keine Vorschrift, welche die Gerichts- und Verwaltungs-Behörden verpflichtet, über jede Untersuchung, welche sie einleiten oder beantragen, Bericht an die Ministerien zu erstatten. Dessenungeachtet liegt ein so reichhaltiges Material von Thatsachen hier vor, und sie sind zum Theil so schlagender Natur, daß es gewiß gelingen wird, einer Kommission von 7 Mitgliedern, worunter sich mehrere Juristen befinden, die genügende Ueberzeugung zu gewähren, und ich zweifle nicht, daß das Ministerium mich ermächtigen wird, der Kommission die erforderlichen Vorlagen zu machen, sobald sie beschließen sollte, auf die Beweis-Aufnahme einzugehen. Ich sehe deshalb diesem Beschlusse entgegen."

Es kann hier nicht darauf ankommen, zu ermitteln, welche Angabe die richtige ist; ich bedaure nur, daß der Ausschuß sich nicht veranlaßt gesehen hat, auf diese Beweisaufnahme einzugehen. Es würde mich dies der Mühe überheben, Manches anzuführen, was hier in der größeren Versammlung doch nur unvollständig gegeben werden kann. Was nun den Inhalt des Berichtes betrifft, so muß ich zunächst hervorheben, daß ich glaube, der gestellte Antrag liegt nicht in der Kompetenz der hohen Kammer. Die Befugniß der hohen Kammer ist nach §. 80. der Verfassung dahin festgestellt:

> „Jede Kammer hat für sich das Recht, Adressen an den König zu richten.
>
> Niemand darf den Kammern oder einer derselben in Person eine Bittschrift oder Adresse überreichen.
>
> Jede Kammer kann die an sie gerichteten Schriften an die Minister überweisen und von denselben Auskunft über eingehende Beschwerden verlangen."

Außerdem steht der hohen Kammer die Befugniß zu, die Mitglieder des Ministeriums in Anklagestand zu versetzen nach §. 59. Hier geht der Antrag direkt dahin, daß das Ministerium aufgefordert werde, eine Verwaltungsmaßregel auszuführen, und ich bin der Ansicht, daß das nicht in der Kompetenz der hohen Kammer liegt. Indeß ich bin weit davon entfernt, deshalb das Eingehen auf die Sache abzulehnen, und ich wende mich zu den einzelnen Vorwürfen, die der Bericht enthält.

Ich glaube, es sind dreierlei Vorwürfe darin enthalten. Das Ministerium wird getadelt, daß es überhaupt den Belagerungszustand verhängt habe; es wird zweitens getadelt mit Rücksicht auf die während desselben erfolgte Emanirung der Verfassung, und das Ministerium wird drittens getadelt in Bezug auf sein Verhalten nach dem Zusammentritt der Kammern. Ich werde mir erlauben, diese Punkte einzeln durchzugehen.

Meine Herren! Was den ersten Punkt betrifft, so giebt es im Menschenwie im Völkerleben Momente, wo die gewöhnlichen Mittel nicht ausreichen; es treten Krankheitszustände ein, wo zu außerordentlichen Mitteln geschritten werden muß. Zu solchen Mitteln nicht zu greifen, würde in manchen Fällen eine Verletzung der Pflicht der Selbsterhaltung sein.

In einem solchen Zustande haben wir uns im Laufe des vorigen Jahres befunden. Ich will es ganz dahin gestellt sein lassen, durch wessen Schuld, aber ich glaube, die Thatsache ist nicht zu verkennen, daß namentlich im Spät-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17080821118490505-13/fragment/page=0005

herbst des v. J. hier Zustände eingetreten waren, welche mit den gewöhnlichen gesetzlichen Mitteln nicht zu beseitigen waren.

In den Staaten, wo die verschiedenen Staatsgewalten organisch getheilt sind, bestehen Gesetze für solche Ausnahme-Zustände. Der absolute Staat allein kann ihrer entbehren, indem dort das Machtgebot an die Stelle des Gesetzes tritt.

Bis zum 5. December v. J. war Preußen kein constitutioneller Staat.

(Murren auf der linken Seite.)

Man rang danach, man hat dies Ziel aber nicht erreicht. Ich lasse es dahingestellt, durch wessen Schuld es nicht erreicht worden ist.

Die Zustände, wie sie sich hier in der Hauptstadt vorfanden, sind vielfach geschildert worden, und ich möchte die hohe Versammlung nicht mit einer nochmaligen Aufzählung aller Details ermüden.

Ein Dokument will ich aber vorlesen, ein Schreiben, was in jener Zeit einging von Seiten der Centralgewalt. Es ist vom 8. November.

(Liest vor):

„Daß der Zustand in Berlin ein solcher ist, wie er die sorgliche Aufmerksamkeit der Centralgewalt nicht blos auf sich ziehen kann, sondern auf sich ziehen muß, wenn anders diese nicht den Einfluß Berlins auf das übrige Deutschland und ihre Pflichten außer Acht lassen wollte, wird leider von Niemanden in Abrede gestellt. Alle die, welche auf einen völligen Umsturz aller Verhältnisse in Deutschland hinarbeiten, richten, nachdem in Frankfurt a. M. ihre Pläne gescheitert und sie aus Wien bereits die Flucht ergriffen, ihre Hoffnungen und Bestrebungen nun lediglich auf Berlin. Hier glauben sie den besten Boden für ihre Arbeit zu finden, hier versammeln sich die Mitglieder der äußersten Linken aus den verschiedenen deutschen Stände-Versammlungen; hier stellt sich der Kongreß aller demokratischen Vereine unter den Schutz des Volkes und glaubt öffentlich erzählen zu dürfen, an welchem Tage er bereit war, das Zeichen zum gewaltsamen Aufruhr zu geben.

„Wendet alle eure Hoffnung n a c h B e r l i n", schreibt Arnold Ruge in einem offenen Briefe vom 14. Oktober an seine Wähler. „Ihr wißt", fährt er fort, „daß Ihr hier eine Stimme habt, die ins Gewicht fällt." In Berlin ists, wo ganze Compagnieen der Bürgerwehr in öffentlichen Anschlägen das Lob des Königs zurückweisen, wo man die bekränzten Särge der Aufrührer öffentlich als „die Opfer der Reaction" gleich glorreichen Märtyrern zur Schau ausstellt, wo die gesetzlich bewaffnete Bevölkerung der Stadt dem Trauerzuge dieser Empörer in größerer Anzahl folgt, als den Särgen der in Vertheidigung des Gesetzes gefallenen Bürger; wo endlich auch in den letzten Tagen wieder die Abgeordneten beim Austritte aus ihrem Berathungssaale am hellen Tage und auf offener Straße mit Vorzeigen von Todeswerkzeugen bedroht und sogar zeitweise durch Vernagelung der Thüren gefangen gehalten worden.

Wo ein solcher Zustand, während welchem zugleich eine verführerische und gefährliche Einwirkung auf das Militair aus allen Kräften fortbetrieben wird, andauert, da wird wohl eine fürsorgliche Maßregel der Centralgewalt von Deutschland das Bereithalten eines Vollmachtträgers für einen möglich rasch eintretenden dringenden Fall nicht erst eine ausführliche Rechtfertigung verlangen, und bedürfte das Reichs-Ministerium für seine Ansicht der Dinge in Berlin einer Bestätigung, so fände es dieselbe in den wiederholt ausgesprochenen bangen Befürchtungen patriotischer preußischer Bürger und Staatsmänner.

Frankfurt a. M., 2. November 1848."

Es ist bekannt, daß in den ersten Tagen des Novembers die Truppen hier einrückten. Daß dies geschehen ist, hat, so viel mir bewußt, Niemand gemißbilligt. Der Herr Antragsteller aber hat, als er seinen Antrag motivirte, behauptet, die Truppen wären hier mit Freundlichkeit empfangen worden. Ich erlaube mir, hier einen kleinen Beweis von dieser Freundlichkeit zu geben; es sind dies Extracte aus den Acten des Königlichen Kriminal-Gerichts zu Berlin. Die Zeugen-Aussagen liegen mir vor; aus ihnen sind die Sachen extrahirt, die ich hier vorlesen will.

Kriminalgerichts-Acten, 21. Januar 1849, und vol. spec.

Versammlung der Majors und Hauptleute der Bürgerwehr im Kaffeehause Hotel de Bavière in der Jägerstraße.

Nacht vom 11. zum 12. November 1848.

(v. gen. f. 28.)

Als die Entwaffnung der Berliner Bürgerwehr am 11. November pr. vom Ministerium angeordnet worden war, hatten die sämmtlichen Majors und Hauptleute derselben am Nachmittage jenes Tages ihre Stellen niedergelegt. Sie verabredeten auf 12 Uhr in der Nacht eine nochmalige Zusammenkunft im Central-Büreau der Bürgerwehr, um sich über die Ablieferung der Waffen zu besprechen. Einzelne beschlossen, vorher die Gesinnungen ihrer Compagnieen zu erforschen und darüber Bericht zu erstatten.

Der Versammlungsort wurde (aus welchen Gründen erhellt nicht) in das Kaffeehaus Hotel de Bavière in der Jägerstraße verlegt.

In demselben fanden sich in der Nacht vom 11. zum 12. November pr. gegen 12 Uhr die Majors und Hauptleute der Bürgerwehr ein.

Außer diesen nahmen an der Versammlung Theil:

I. Die A b g e o r d n e t e n der vorjährigen National-Versammlung, Waldeck, Berends, Reuter, D'Ester und Schramm.

(v. gen. f. 23. v. spec. f. 9. 20. 33.)

II. Der Goldarbeiter B i s k y, als Abgeordneter der Arbeiter.

III. Die Abgeordneten verschiedener hiesiger und auswärtiger Vereine, namentlich der demokratischen Klubs zu Stettin und Langensalza.

(v. gen. f. 29.)

Der Kriminalgerichts-Actuarius und Bürgerwehr-Major Thiele übernahm den Vorsitz in der Versammlung.

Darauf ertheilten die einzelnen Majors Auskunft über die Gesinnungen ihrer Compagnieen, deren Resultat war, daß die Mehrzahl sich für p a s s i v e n Widerstand erklärt hatte.

Es entstand nunmehr eine allgemeine Debatte über das Verhalten der Bürgerwehr bei ihrer Entwaffnung, und die Frage, ob activer oder passiver Widerstand zu leisten sei.

An dieser Debatte betheiligten sich von den Abgeordneten: Waldeck, Berends und Reuter.

Ersterer war in seinen Aeußerungen sehr zurückhaltend, meinte, daß er kein Mann der Waffe sei, und bewegte sich in allgemeinen Redensarten, als

„Jeder Bürger würde wohl wissen, was er im entscheidenden Augenblicke thun würde."

(v. gen. f. 32. 39. v. spec. f. 19.)

(39.) Er setzte jedoch ausdrücklich hinzu, daß die Maßregeln der Regierung wegen Vertagung der National-Versammlung und Entwaffnung der Bürgerwehr nicht gerechtfertigt wären, und erklärte es für Pflicht, sich den ungesetzlichen Handlungen zu widersetzen.

R e u t e r sprach gleichfalls über passiven Widerstand und sagte, daß auch das Erschießenlassen dazu gehöre, weshalb er sich in einen activen verwandeln müsse.

(f. 39.)

Noch deutlicher hat B e r e n d s für den activen Widerstand geredet.

(f. 39.)

Er s o l l (der Zeuge sagt: wenn ich nicht i r r e, war es B e r e n d s) namentlich geäußert haben, daß er glaube:

Die Bürgerwehr werde ihren Standpunkt kennen und sich nicht auf einen Barricadenkampf einlassen, sondern Mann gegen Mann kämpfen, wenn es darauf ankomme, und selbst wenn kein Stein auf dem anderen bleibe, was eine Ehrensache sei.

(f. 23 r. v. gen.)

Waldeck oder Berends sprachen ferner in dem Sinne, wo es die Freiheit gelte, könne auf das Wohl einer Stadt nicht Rücksicht genommen werden.

(v. spec. f. 41 r.)

Die Reden dieser Abgeordneten machten, wie ein Ohrenzeuge sagt, den Eindruck, als wünschten sie den Kampf mit der bewaffneten Macht

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17080821118490505-13/fragment/page=0006

und wollten sie versuchen, die Versammlung zu einem solchen Schritte zu veranlassen.

(f. 39.)

Könnten die von den erwähnten Rednern ausgesprochenen Ansichten als zweifelhaft gedeutet werden, so erklärten andre Mitglieder der Versammlung dieselben auf das deutlichste.

So äußerten jüngere Personen, anscheinend zu den fliegenden Corps gehörig,

daß sie bis zum letzten Blutstropfen kämpfen würden, und daß Barricaden gebaut werden müßten.

(f. 35.)

Der Goldarbeiter Bisky erklärte:

daß er mit 10,000 Arbeitern zur Disposition stehe, welche bereit seien, sich mit ihren Leibern den Bajonetten der Soldaten entgegenzuwerfen.

(f. 32. 39 r.)

Einzelne junge Enthusiasten gingen in ihren Reden soweit,

daß sie äußerten, ganz Berlin müsse in einen Schutthaufen verwandelt werden, mindestens 1000 Häuser müßten niederbrennen, der Frauen und Kinder sei nicht zu schonen, aus dem Blute müsse die junge Freiheit sprießen.

(v. gen. f. 29 r.)

Es wurde ferner davon gesprochen, die Soldaten in ihren Quartieren zu entwaffnen und zu massakriren, und unter dem Beifall der Versammlung Reden so fürchterlicher Art geführt, daß, wie ein Ohrenzeuge meint,

Einem die Haare zu Berge standen und man zweifeln mußte, im 19. Jahrhundert zu leben.

(f. 30.)

Besonnene ruhige Reden hatten sich keines Anklanges zu erfreuen. Die gleichfalls in der Versammlung anwesenden Banquier Kirchheim und ein Bürger Krebs sprachen in ruhigem Sinne, erklärten, daß Wien ihnen ein Vorbild sein müsse, und daß es wahnsinnig sei, activen Widerstand zu leisten.

Beide mußten unter Hohngelächter abtreten und wurden von den Präsidenten zur Ordnung gerufen.

f. 32 r. 30 r.

Ungeachtet die Aufregung der Versammlung durch die Reden auf das Höchste gesteigert wurde, die Eventualitäten für den Fall eines Conflictes mit dem Militair besprochen und sogar der Entwurf eines besonderen Schlachtplanes gefordert wurde, so ergab dennoch die schließlich erfolgende Abstimmung das Resultat:

(f. 27 r. 39 r.)

sich mit dem passiven Widerstande zu begnügen.

(vol. spec. f. 10.)

Schon vor dieser Abstimmung hatten die oben benannten Abgeordneten der National-Versammlung sich entfernt, wie es schien, nicht sehr zufriedengestellt durch den Erfolg der Bestrebungen, die Mitglieder der Versammlung in ihren Beschlüssen fortzureißen.

Berlin, den 19. März 1849.

(v. gen. f. 39 r. 40.)

(Viele Stimmen rufen:

Die Namen der Zeugen!)

Die Namen der Zeugen stehen in den Acten.

(Unruhe. Wiederholter Ruf: Namen! Namen!)

(Verschiedene Stimmen durch einander.)

Es war dies die Versammlung, von der ich mir schon einmal zu sprechen erlaubt habe. Damals veranlaßte die Erwähnung dieser Versammlung die Bemerkung des Abgeordneten von Unruh, daß ich auf Verdächtigungen ausginge. Ich weiß nicht, ob diesen Zeugenaussagen gegenüber dieser Vorwurf noch bleibt.

(Mehrere Stimmen von der Linken: Noch mehr! Vollkommen!)

Ich werde nicht sprechen, Herr Präsident, so lange ich unterbrochen werde.

Gegenüber solchen Ereignissen wurde nun der Belagerungszustand verkündigt. Es bestehen verschiedene Instructionen für ein Verhalten der Behörden in solchen Fällen. Es sind keine Gesetze, aber sie hatten nach der bisherigen Verfassung vollständige Geltung. Diese sind angewendet worden, und man hat sich an alle sonst vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen streng gehalten. So ist der Belagerungszustand ins Leben getreten. Darüber, ob derselbe heilsam gewirkt hat oder nicht, sind die Ansichten getheilt. Ich glaube, daß Thatsachen dafür sprechen, daß die Stadt Berlin dem Belagerungszustand ihren heutigen Wohlstand verdankt.

Ich komme nun auf den zweiten Punkt, wie der Belagerungszustand zu rechtfertigen sei, nachdem die Verfassung emanirt war.

In der Verfassungs-Urkunde lautet der Artikel 110.:

„Für den Fall eines Krieges können die Artikel 5, 6, 7, 24, 25, 26 und 28 der Verfassungs-Urkunde zeit- und distriktsweise außer Kraft gesetzt werden. Die näheren Bestimmungen bleiben einem besonderen Gesetze vorbehalten. Bis dahin bewendet es bei den in dieser Beziehung bestehenden Vorschriften."

Es ist hier das Wort: Vorschrift, nicht das Wort: Gesetz, gebraucht, weil man sich sagen mußte, daß dieser ganze Gegenstand der Gesetzgebung noch nicht vollständig geregelt sei. Es mußte deshalb auch auf Vorschriften, welche nicht in Form von Gesetzen publizirt waren, rekurrirt werden, wenn man sich nicht der Gefahr aussetzen wollte, unter Umständen einzelne Theile des Landes dem Verderben preiszugeben, und wenn man sich nicht in die Unmöglichkeit versetzen wollte, zur rechten Zeit die Heilmittel anzuwenden. Es finden sich in der Verfassungs-Urkunde mehrere derartige Bestimmungen, woraus zu erkennen ist, daß das Gebäude unseres constitutionellen Staates noch nicht vollendet ist, und daß noch einzelne Gesetze erforderlich sind, um es ganz auszubauen. Ein solches Gesetz wird auch der Belagerungszustand erfordern, und wird dasselbe der hohen Kammer noch vorgelegt werden.

Es ist aber drittens getadelt worden, daß nach dem Zusammentritt der Kammern die Regierung keine Vorlage an dieselben gemacht und ihre Genehmigung über den Belagerungs-Zustand extrahirt hätte. Es gab, als die Kammern zusammentraten, drei Wege, die man einschlagen konnte; man konnte erstens den Belagerungs-Zustand aufheben, das war der leichteste und einfachste Weg für die Regierung. Es wären die Kämpfe dieser Debatte, die wir heute haben, abgeschnitten worden, und es wäre wohl zu erwarten gewesen, daß, wenn auch Unruhen ausgebrochen sein möchten, sie durch militairische Gewalt hätten unterdrückt werden können. Die Regierung hat aber nach pflichtmäßiger Erwägung nicht geglaubt, diesen Weg betreten zu können, sie glaubte, es nicht versuchen zu dürfen, auf die Gefahr hin, Menschenleben aufs Spiel zu setzen, einen Zustand aufhören zu lassen, für dessen Fortdauer die erheblichsten Gründe vorhanden waren. Der zweite Weg wäre gewesen, daß man ein Spezial-Gesetz für Berlin vorgelegt und die Genehmigung der Kammern nachgesucht hätte. Auch dieser Weg ist erwogen worden, und ich gestehe, daß anerkannt wurde, daß sehr viel dafür spricht. Wir waren aber der Ansicht, daß die Berathung der vorgelegten Gesetze, welche die Beiseitigung des Belagerungs-Zustandes möglich machen würden, wohl eben so schnell gefördert werden würde, als ein derartiges Spezial-Gesetz, und daß wir durch Vorlegung eines solchen ein unnützes Geschäft den Kammern zugemuthet hätten.

Der dritte Weg wäre gewesen, diese Gesetze provisorisch emaniren zu lassen. Meinerseits bin ich entschieden dagegen gewesen, diese Gesetze provisorisch zu erlassen. Ich glaube, ich habe darin nicht Unrecht gehabt, und wenn ich nicht irre, so haben dies die Debatten der vorigen Woche bewiesen.

Die Regierung hat also den Belagerungs-Zustand fortbestehen lassen. Was hat sie weiter gethan? Der Belagerungs-Zustand ist in der an Se. Majestät den König vorgeschlagenen Thronrede ausdrücklich erwähnt worden, die beiden Kammern sind also darauf hingewiesen werden, es ist demnächst eine Denkschrift vorgelegt und erklärt worden, daß die Regierung bereit sei, noch mehr Material zu gewähren. Darauf ist man nicht eingegangen. Es wird gesagt, die Regierung hätte eine Indemnitäts-Bill fordern sollen. Seien Sie gerecht! Ich glaube, wir hätten Anträge machen können, welche wir wollten, ich glaube, sie würden überall Bekämpfung gefunden haben.

Wir haben die Thatsachen Ihrem Urtheile vorgelegt und konnten in Ermangelung eines Gesetzes, welches uns den Anhalt gewährt, bestimmte Anträge zu formuliren, nicht anders verfahren. Ich komme nun auf die Frage: Ob überhaupt die Fortdauer des Belagerungs-Zustandes nach den vorhandenen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17080821118490505-13/fragment/page=0007

thatsächlichen Verhältnissen noch nothwendig ist? Gleich Tages darauf, als der Belagerungs-Zustand verhängt war, kam eine Deputation zu uns, die erklärte, man überzeuge sich vollständig, daß es nothwendig gewesen sei, den Belagerungs-Zustand zu verhängen, aber jetzt habe er seinen Zweck erfüllt und könne demnach beseitigt werden. Die Ereignisse, welche bald darauf eintraten, gestatteten dies nicht. Ich erlaube mir, aus einem anderen Aktenstücke ebenfalls Extrakte zu verlesen, welche einen ähnlichen Vorfall betreffen, als der vorhin erwähnte.

(Liest):

„Am Abend des 14. November pr. erschienen in mehreren Bezirken Berlins, bei einzelnen zur Bürgerwehr gehörigen Vertrauensmännern, unbekannte Personen, welche erklärten, daß die Nationalversammlung mit den Vertrauensmännern der Bürgerwehr etwas besprechen wollte und diese sich in Mylius Hotel begeben möchten, wo die Nationalversammlung sie erwarte. Einer der Unbekannten gab sich ausdrücklich für einen Boten der Nationalversammlung aus.

In Folge dieser Einladungen gingen verschiedene Vertrauensmänner aus den einzelnen Bezirken nach Mylius Hotel. Sie trafen daselbst in einem Saale, nach welchem sie auf ihre Aeußerung, sie seien Bürgerwehr-Deputirte, gewiesen wurden, mehrere Personen versammelt, unter denen sich die Abgeordneten der vorjährigen Nationalversammlung, Waldeck, Jacoby, Jung, Dr. Wollheim, Borchardt und Berends, befanden.

Auf die von einzelnen Bürgern aufgeworfenen Fragen, von wem sie herbestellt worden, hat zwar Waldeck erklärt, daß er von der an die Bürger-Deputirten ergangenen Aufforderung nicht Kunde habe, dessenungeachtet ergaben die ferneren gepflogenen Gespräche, daß es Zweck der Versammlung war, die eingeladenen Bürger-Deputirten für den projectirten Steuerverweigerungs-Beschluß zu gewinnen und sie zu vermögen, daß sie in den einzelnen Bezirken eine thätige Unterstützung bei Ausführung des Beschlusses beschaffen möchten.

In diesem Sinne hat namentlich der Dr. Wollheim zu einem Bürger geäußert:

„Die Nationalversammlung sei Willens, die Steuerverweigerung zu beschließen, wenn die berliner Bürger sich damit einverstanden erklärten; in dieser Beziehung wünsche man die Gesinnung der Bürger kennen zu lernen."

Und eben so ein Herr mit einer Brille, wahrscheinlich Jacoby:

„Sie wollten jetzt einen wichtigen Beschluß, den der Steuerverweigerung, fassen, und da sie fürchteten, mehrere Abgeordnete würden sich von ihnen trennen und sie beschlußunfähig machen, so wünschten sie, daß von den Bezirken aus etwas geschehe, um sie zu bewegen, bei ihnen zu bleiben."

Die Deputirten der Nationalversammlung sprachen ferner von einer möglicherweise eintretenden Erhebung des Volks, von einem Widerstande bei Ablieferung der Waffen der hiesigen Bürgerwehr, und der Abgeordnete Jung erklärte, auf die Aeußerung eines Bürgers, daß, wenn Alles beseitigt sein würde, die Bürgerschaft mit dem Proletariat zu schaffen haben möchte,

es habe mit diesem nichts zu bedeuten, das lasse sich leicht leiten.

Ferner meinte Jung:

wenn es zum Kampfe komme, würden die Barrikaden aus der Erde wachsen und es ganz anders werden, als beim ersten Kampfe.

Spezielle Beschlüsse sind in Gegenwart der Bürger nicht gefaßt worden, so daß man diese absichtlich in einem Zweifel über den Grund und Zweck ihres Kommens haben lassen zu wollen scheint.

Ich bemerke dabei, daß mir diese Aktenstücke von dem Staats-Anwalt mitgetheilt sind mit dem Anheimgeben, jeden beliebigen Gebrauch meinerseits davon zu machen.

Es fragt sich nun, wie in diesem Augenblicke die Situation ist, und wie die Verhältnisse sich seither gestaltet haben. Es wird mir kaum gelingen, ihnen ein vollständiges Bild von diesen Verhältnissen zu geben. Auf Einiges muß ich aber hinweisen und werde es durch einzelne Beweismittel belegen. Meine Herren! Es existirt in der That eine Umsturzpartei, eine Partei, welche schon lange vor dem März des vorigen Jahres daran gearbeitet hat, die staatlichen Verhältnisse zu untergraben. Ich erlaube mir, in dieser Beziehung einen nicht uninteressanten Brief vorzulesen, der unter dem 26. Februar 1848 aus New-York geschrieben ist und von Herrn Dowiat herrührt.

Er sagt darin unter Anderem:

„Der modernen philosophischen Schule angehörig habe ich nämlich mehrere Jahre lang durchaus mit der deutschen, vielmehr europäischen destruktorischen Partei gelebt und kenne namentlich genau die Verhältnisse dieser Partei in Deutschland, sowohl in religiöser als auch politischer und socialer Beziehung. Ich kenne die Strebungen, die Mittel und die Führer dieser Leute wohl besser als irgend Jemand.

Es ist nun eine traurige Wahrheit, daß es noch nie in der Weltgeschichte eine Zeit gegeben hat, in der alle Verhältnisse, von den höchsten bis zu den niedrigsten, so unterwühlt waren, wie jetzt."

und am Schlusse sagt er:

„bitte ich zu beachten, daß das, was ich zu sagen habe, unter den jetzigen Zeitverhältnissen schnell gesagt werden muß, da die Vorbereitungen zum Losbruch im Siegestaumel über die schweizer und italienischen Ereignisse ärger als je getrieben werden."

Aehnliches hat er wiederholt in seiner Vertheidigungsrede, die in öffentlichen Blättern gestanden hat. Ich mache Sie ferner auf eine Adresse aufmerksam, die Seitens der Deutschen Nordamerikas an das deutsche Volk erlassen ist, und zwar ebenfalls im März v. J., worin zu offenem Aufstande aufgefordert wird; auf Verlangen könnte ich sie verlesen. Diese vormärzlichen Thatsachen aber haben sich nach dem März wiederholt. Bekanntlich hat in der Kölner Zeitung eine Aufforderung gestanden, die Fürsten zu ermorden, und es sind dabei die Prämien ausgesetzt worden, welche die Mörder haben sollten. Es heißt wörtlich!

Da alle Bitten und Vorstellungen und alle Versuche, welche das deutsche Volk gemacht hat, um seine ungerechten Gewalthaber, Kaiser, Könige und Fürsten aller Art, zu vermögen, ihre widernatürliche Stellung aufzugeben, fehlgeschlagen sind, da ferner diese Gewalthaber, statt dem Volke seine Bitte zu gewähren und es in seine angeborenen Menschenrechte einzusetzen, mit Kugeln und Kartätschen antworteten; da, um allen Schandthaten die Krone aufzusetzen, diese Kaiser, Könige und Fürsten im Kampfe mit dem Volke die gräßlichsten, schauderhaftesten und unmenschlichsten Hinrichtungen durch ihre gemeinen Henker Windischgrätz, Jellachich und Andere vollziehen ließen und sich nicht scheueten, Meuchelmörder zu dingen, um brave Männer des Volkes aus dem Wege zu räumen, die Menschenrechte mit Füßen zu treten u. s. w., so sehen wir kein anderes Mittel, diese Todfeinde der Menschheit zu vertilgen, als daß wir Deutsch-Amerikaner und unsere gleichgesinnten Freunde demjenigen oder denjenigen Belohnungen aussetzen, welche auf irgend eine Weise die Barbaren des 19. Jahrhunderts unschädlich machen, und werden nicht ruhen, bis unser Zweck erreicht ist. Daher setzen wir fürs Erste folgende Preise aus:

Für die Vertilgung des österreich. Kaisers 30,000 Gulden.
= = = = Preußen-Königs 25,000 =

(Lärm und einige nicht verständliche Bemerkungen links; rechts:

Pfui! Pfui!)

Für die Vertilgung irgend eines anderen Königs, Kurfürsten, Herzogs und dergl. 15,000 =
Für den Kopf des gemeinen Henkers Windischgrätz . . . . . 10,000 =

Für die pünktliche Auszahlung dieser Belohnungen, sobald der oder die Thäter sich gehörig ausgewiesen haben werden, an sie selbst oder deren rechtmäßige Erben, verpfänden wir unser Vermögen und unsere Ehre.

Die Proclamation ist „im Namen des Vereins" unterzeichnet von C. A. Wollenweber, dem Secretair dieser sauberen Gesellschaft.

Meine Herren! Ich komme nun auf ein Ereigniß, welches ich auch noch beleuchten muß, weil es im innigen Zusammenhange steht mit dem, was wir heutigen Tages hier noch erleben; es ist der demokratische Kongreß, der hier gegen Ende des Octobers stattgefunden hat. Ich erlaube mir aus den Ver-

handlungen des zweiten demokratischen Kongresses aus Berlin Einiges mitzutheilen, welches Licht auf die gegenwärtigen Verhältnisse wirft; es sind dies die Verhandlungen, die der Verein selbst herausgegeben hat als Beilage der Volksblätter.

Gestatten Sie mir zunächst die Schilderung der Lokalität:

„Ein großer Saal mit Tribünen an den Seiten und kleineren Zimmern daneben nahm die zahlreich angekommenen Abgeordneten auf, unter denen wir verschiedene Celebritäten, wie Bamberger aus Mainz, Bayerhofer, Beust und Bernigau aus Köln, Everbeck, Georg Fein, Ruge, Wislicenus, Weidling u. A., im Ganzen über 200 Personen gewahrten. Ueber der Tribüne des Präsidenten waren die Nationalfahnen der Republiken Schweiz, Nordamerika und Frankreich angebracht, während an den reichlich mit Zuhörern angefüllten Tribünen die deutschen Fahnen wehten, in welchen die rothe Farbe natürlich vorherrschte. Von den hohen Fenstern, an denen rothe Vorhänge angebracht waren, ging ein rother Schein aus über den Saal."

Ich lese hiernächst eine Stelle aus dem Referat, das damals gemacht wurde:

„In Bezug auf die Berliner Bewegungen hielt der Ausschuß es für seine Pflicht, Alles zu vermeiden, was die Partei schwächen konnte. Wir bemühten uns, alle Putsche zu vermeiden, und haben bei unseren Bemühungen, dem kleinen Häuflein der Anarchisten zu begegnen, Männer gefunden, die uns kräftig unterstützten. Es ist unmöglich, eine einseitige Bewegung durchzuführen, die Bürger müssen sich daran betheiligen. Am 25. September war der einzige Tag, wo eine Revolution ausbrechen konnte, die Lappigkeit des Ministeriums Pfuel hat uns um diese Revolution gebracht."

Ich citire sodann eine Aeußerung des Herrn Abgeordneten Kinkel:

„Ich bin aus Bonn, dem dunkelsten Orte der ganzen Rheinprovinz. Es zeigt sich, daß gerade die Universitäten sich der Bewegung der Zeit am meisten entgegenstellen, und nur der unverwüstliche Theil des Volkes, das Proletariat, schließt sich ihr an. Es hat unter dem Donner der Juli-Revolution sich mit Ausnahme von 6 Stimmen in dem demokratischen Verein für die Republik erklärt; aber auch die Bürger sind demokratisch geworden, schon seit 2 Monaten sind in dem finsteren Bonn fast alle stimmfähigen Bürger für die Republik. Die Rheinlande sind in der tiefsten Stellung, namentlich der Niederrhein; aber vergessen Sie nicht die Phalanx der Pfaffen, die uns mächtig gegenüberstand. Das Rheinland hat niemals im Schweiße seines Angesichts für seine Freiheit gekämpft, hat nicht einmal an den Freiheitskriegen Theil genommen, erst in der letzten Zeit hat dieser Kampf begonnen. Vergessen Sie nicht die Macht des Kapitals. Hier ist der Adel im Sinken, am Rhein ist er eine Macht durch Grundbesitz und Majorate. Wir haben dort eine doppelte Hierarchie, die die Macht hat, das Volk durch Wohlthätigkeit durch Geldspenden zu fesseln. Auch in kirchlicher Hinsicht ist keine Reform entstanden. Aber die Elemente zu einer rheinischen Föderativ-Republik, das Proletariat ist es auch hier, verbunden mit den Handwerkern der Städte und mit dem Bauer-Proletariat, welches auch bei uns herrschend ist, welches das revolutionaire Element bildet. Auf dem linken Rheinufer ist der Bauer, wenn auch von allen Feudallasten befreit, gedrückt durch den Fluch des Kapitals und den Wucher, auf dem rechten noch durch Sporteln. Es haben sich auch schon demokratische Vereine auf dem Lande gebildet.

In der Eifel, an der Mosel sind große Erfolge erzielt. 12,000 Mann haben sich für die Republik erklärt. Auch die soziale Presse hat ihren bedeutenden Einfluß geäußert. Immer ist die Grenze zwischen Bürger und Proletariat noch schwankend, es stellt sich noch keine bestimmte Sonderung heraus. Trotz aller Finsterniß ist so viel gewiß, daß sich die Mehrzahl für die Republik erklärt."

Es ist ferner ein interessanter Protest vorgelesen worden. Er ist unterzeichnet von Minsberg, Justiz-Kommissarius, und Stinner, Justitiarius.

(Liest.)

„Unseren Kommittenten waren bei der Beschlußnahme über die Beschickung des gegenwärtigen demokratischen Kongresses die frankfurter Beschlüsse vom 17. Juni nicht bekannt; sie wußten also nicht, daß die Deputirten für den jetzigen Kongreß von der republikanischen Staatsform durchdrungen sein mußten und für die Verwirklichung dieser Staatsform handeln sollten. Wäre dies unsern Kommittenten bekannt gewesen, dann würden sie nach unserer Ueberzeugung den jetzigen Kongreß nicht beschickt haben, und deshalb halten wir es für unsere Pflicht, den uns gewordenen Antrag niederzulegen und zu ersuchen, uns die eingereichte Vollmacht zurückzugeben und dafür anzunehmen, als habe die bunzlauer städtische Ressource den gegenwärtigen Kongreß nicht beschickt.

Der Irrthum rücksichtlich der Beschickung rührt lediglich daher, daß der Kongreß der deutschen Demokraten, nicht aber ein Kongreß demokratischer Republikaner ausgeschrieben war. Wir bitten übrigens anzunehmen, daß wir hier lediglich die Ansicht der Mehrzahl unserer Kommittenten, nicht aber unsere persönliche Ansicht ausgesprochen haben."

Es ist von einigen Seiten angeführt worden, man habe sich bei diesen demokratischen Kongressen nur mit Theorieen beschäftigt. Dies wird indeß durch einzelne Stellen entschieden widerlegt.

Der Herr Abgeordnete D'Ester ist zum Vorsitzenden erwählt und seine Erklärung lautet:

(Liest.)

„Mitbürger! Ihre Wahl ist auf mich gefallen. Ich danke Ihnen für Ihr Vertrauen und versichere, daß ich als Mitglied des Central-Ausschusses nach Kräften wirken werde."

(Bravo.)

Ich hoffe, daß die Spaltungen, die sich im Laufe der Verhandlungen gezeigt haben, uns nicht bei unseren Bestrebungen hindern werden; ich hoffe, daß die schlesischen Herren der Organisation nicht entgegen sein werden; wir müssen in Einigkeit zusammenwirken. Meine Zeit als Mitglied der National-Versammlung ist beschränkt; sollte es aber unmöglich werden, neben den Geschäften der National-Versammlung die des Kongresses zu führen, dann würde ich meinem Stellvertreter in der National-Versammlung Platz machen und mich ganz dem Central-Ausschuß widmen, denn der geht vor."

(Bravo!)

Meine Herren! Man hat dem damaligen Gouvernement Lob gespendet dafür, daß es diesen Kongreß gestattet habe. Man hat gesagt, es hätte sich dadurch die Ohnmacht dieser Partei ergeben, und namentlich sei ihre Geldlosigkeit zu Tage gekommen. Ich theile diese Ansicht nicht. Ich halte das Abhalten dieses Kongresses für verderblich. Ich glaube, daß die Offenheit, mit der die Fahne der sozialen Republik damals aufgepflanzt ward, noch immer nachtheilige Folgen hat. So lange, als ich verantwortlich sein möchte für die Ruhe und Ordnung im Lande, würde ein zweiter solcher Kongreß hier nicht stattfinden.

Wenn ein Körper von zerstörenden Elementen bedroht ist, so ist das ein Unglück, aber wenn er sie nicht mehr von ihm abwehren kann, dann ist er eine Leiche, und eine Leiche ist der preußische Staat noch nicht.

Der Central-Verein hat nun fortwährend seine Wirksamkeit entfaltet. Durch Verhängung des Belagerungs-Zustandes ist er allerdings von hier vertrieben und in eine durch eine Eisenbahn in Verbindung mit Berlin stehende Stadt verlegt worden; seine Thätigkeit hat aber in Beziehung auf diese Stadt und auf das Land nicht aufgehört.

Es ist die Pflicht der Verwaltung gewesen, mit Aufmerksamkeit die Wirksamkeit der Vereine zu verfolgen, und sie hat namentlich sich die Frage vorgelegt, ob die Bestrebungen derselben so unerheblich seien, daß man sie ignoriren könne, daß die Sicherheit und Ordnung nicht gefährdet werde. Man hat sich aber diese Frage nicht bejahen können. Es trat namentlich der sogenannte Märzverein, der sich in Frankfurt a. M. gebildet hat, mit dem demokratischen Central-Ausschuß in Verbindung. Jener Verein entwickelte seine Thätigkeit schon im Laufe der Monate Januar und Februar in unserer Gegend. Wir haben vielfache Mittheilungen darüber von außerhalb gehabt. Eine Mittheilung der Polizei-Kommission zu Celle sagt:

(Liest:)

Der Advokat Gerding hat in der Sitzung des Volksvereins vom 5. dieses Monats zwei Schreiben veröffentlicht, das eine von dem demo-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17080821118490505-13/fragment/page=0009

kratischen Ausschusse in Berlin herrührend, das andere ohne Benennung des Absenders. Es ist allgemein das Gerücht verbreitet, daß letzteres von dem Grafen Reichenbach in Schlesien herrührt. In beiden Schreiben ist Adressat aufgefordert:

1) seine Partei zum sofortigen Beitritt zur Republik zu bestimmen,
2) Deputirte für den 18. dieses Monats nach Berlin zu senden, um dort das Weitere im Central-Verein zu beschließen.

Ueberhaupt ist man namentlich in Beziehung auf den 18. März außerordentlich thätig gewesen. Der bewußte Tag ist hier ohne erhebliche Ruhestörung vorübergegangen, und daß dies geschehen, ist wohl vorzüglich dem Belagerungszustand zuzuschreiben gewesen. An Bestrebungen, Unruhen zu veranlassen, hat es nicht gefehlt. Welcher Sinn hier noch in gewissen Zirkeln obwaltet, darauf ist neulich schon einmal aufmerksam gemacht worden bei Erwähnung eines Gedichtes, welches in einer Versammlung am 18. März gesungen worden ist. Ich will es nicht noch einmal wiederholen. Ich könnte noch einen Toast hinzufügen, der dort ausgebracht worden ist, den ich aber lieber mit Stillschweigen übergehe. Welche Thätigkeit der Verein hier immer noch entwickelt, geht hervor aus verschiedenen Adressen an die Bevölkerung Preußens, die hier gedruckt und in alle Welt vertheilt werden, mit der Aufforderung, sie unterzeichnet wieder zurückzuschicken.

Es heißt in denselben:

„Es soll beantragt werden:

das Recht, unsere Abgeordneten jederzeit zurückzurufen und andere an deren Stelle zu wählen."

Ferner:

„Wir verlangen, daß die Verfassung und alle dazu gehörigen Gesetze, nachdem sie von der Versammlung der Abgeordneten berathen sind, der Urversammlung der Gemeinden des ganzen Landes zur Abstimmung überwiesen werden, und daß sie erst dann Gesetzeskraft erlangen, wenn die Mehrheit aller Urwähler der Nation sich dafür erklärt hat."

(Heiterkeit.)

Und noch einige derartige Anträge. Eine Adresse führt die Ueberschrift:

„An die Volks-Abgeordneten Preußens, die Einführung einer demokratischen Gemeinde-, Kreis- und Bezirksordnung betreffend."

Und überall ist darunter gedruckt:

„Die Einsendung wird unter Adresse: Abgeordneter D'Ester in Berlin erbeten."

Nachdem nun der 18. März ungestört vorübergegangen war, hat das Staatsministerium sich noch einmal der Erwägung unterzogen, ob nicht nunmehr der Belagerungs-Zustand beseitigt werden könne, da trat aber ein Ereigniß ein, was es noch bedenklich erscheinen lassen mußte. Ich werde hier das amtliche Schreiben des Polizei-Präsidenten vortragen, worin dies Ereigniß mitgetheilt wird:

Ew. Excellenz habe ich bereits die Ehre gehabt, mündlich Vortrag zu halten über die Entdeckung einer hochverrätherischen Verbindung, welche mir schon vor mehreren Wochen denunzirt worden war. Es war zu meiner Kenntniß gekommen, daß eine Verbindung existire, welche auf Erstrebung der demokratisch-sozialen Republik hinwirke, und daß ein Mitglied derselben im Besitze von Waffen und Handgranaten sich befinde, welche bei entstehender Revolution gegen das Militair benutzt werden sollten. Eine am 30. v. M. veranlaßte Recherche bestätigte dies. Bei dem Schuhmacher Hätzel wurden fiskalische Waffen nebst Munition, sieben Handgranaten, eine messingene Form, so wie Zink zur Anfertigung derselben, vorgefunden. Eben so fanden sich vier lithographirte Statuten des Vereins und eine Kiste mit Papieren vor, welche dem Abgeordneten D'Ester gehören.

Hätzel ist verhaftet worden, desgleichen sein Schlafwirth Schmidt, sowie der Maler Wegener, welcher die Statuten lithographirt haben soll. Ein gewisser Bendler, welcher den Briefwechsel des Vereins vermittelt haben sollte, ist zwar ebenfalls verhaftet, aber im Mangel näherer Beweise wieder entlassen worden. Was Hätzel über die Anschuldigung erklärt, wollen Ew. Excellenz aus der anliegenden Abschrift des gerichtlichen Protokolls hochgeneigtest entnehmen.

Eine andere Zeugen-Aussage lautet:

Durch Schriften habe ich für den Bund der revolutionairen Partei nicht gewirkt, und wenn ich auch an Einzelne, von denen ich jedoch nur meinen Wirth Schmidt nennen kann, die Schrift (das Manuskript der communistischen Partei) gegeben habe, so habe ich hierbei die Förderung des Bundes nicht im Auge gehabt. Von dieser Schrift hatte ich im October und November v. J. von einem Bekannten in Leipzig, dessen Namen ich jedoch nicht nennen will, etwa 10 oder 12 Exemplare erhalten, und sind diese von mir bis auf ein Exemplar, was bei mir vorgefunden und in einer Cigarrenkiste hier abgeliefert worden, an Bekannte vertheilt worden.

Die in meinem Taschenbuche aufgeführten Blätter zum Preise von 27 Sgr. 6 Pf. hatte ich bald nach den Märztagen v. J. im Auftrage eines Webergesellen Schirmer aus Kalbe an der Saale angeschafft, jedoch nicht abgesendet und zum Theil an Bekannte gegeben.

An wen der in den Akten befindliche und F. bezeichnete Bericht des leitenden Kreises Berlin adressirt worden wäre, will ich nicht sagen, und war ich, da ich selbst nur Vorsteher einer Gemeine war, von dem leitenden Kreise beauftragt worden, den Bericht an die Centralbehörde in London zu erstatten.

Den Brief, den ich außerhalb jeder Versammlung in meiner Wohnung verfaßt, hatte ich mit meinem Namen, im Auftrage des leitenden Kreises, unterschrieben. Das Skriptum Folio habe ich von einem Bekannten, dessen Namen mir nicht beifällt, in einer baierischen Bierstube vor etwa vier Wochen erhalten, und wollte mir derselbe dadurch nur der Kuriosität wegen mittheilen, wie die Truppen in Berlin vertheilt wären.

Mit dem Bunde steht dies in keiner Verbindung, und war derjenige, der mir das Blatt gab, gar nicht einmal Mitglied des Bundes.

Das Skriptum Folio enthält unter 10 verschiedene Nummern die Namen der einzelnen hier in Berlin bestehenden Gemeinen des Bundes:

Vorwärts — Roth durch Tod — Hecker — Blind — Stark — Schulz — Kampf — Kerl.

Die neben dem Namen Vorwärts angegebene Wohnung ist die meinige, und wurden hier die Versammlungen der Gemeinde gehalten.

Das Protokoll lautet:

Dem demnächst aus dem Arreste vorgeführten Hätzel wird bekannt gemacht, daß er des Hochverraths angeschuldigt ist, und, weil er im Besitz Königl. Waffen gefunden, verhaftet worden; er antwortet:

Im Jahre 1846 wurde ich zugleich mit dem Schneider Mentel, dem Tischler Biesing und dem Schneider Müller wegen geheimer politischer Verbindungen zur Untersuchung gezogen, und sollten diese darin bestehen, daß wir an dem Bunde der Gerechtigkeit, der hier existiren sollte, betheiligt waren. Ich selbst wurde nach sechsmonatlicher Haft völlig freigesprochen und habe mich seit jener Zeit um den Verein, dessen Sitz in Paris war, nicht weiter bekümmert, sondern nur zuweilen gehört, daß er in Paris bestehen sollte. Erst nachdem im vergangenen Jahre der Belagerungs-Zustand hier proklamirt worden, wurden mir von einem Manne, den ich nicht nennen will, die Bundesstatuten der revolutionairen Partei mitgetheilt, indem er zu gleicher Zeit die Aufforderung an mich stellte, mich in diesen Bund aufnehmen zu lassen. Ich habe mir die Statuten, die bei mir in Beschlag genommen sind, genau durchgelesen, war mit den darin aufgenommenen Bestimmungen überall einverstanden und ließ mich durch den Mann, der sich als einen Emissair der Centralbehörde in London legitimirte, in den Bund aufnehmen. Die Centralbehörde des alten Bundes der Gerechtigkeit, der sich jetzt der Bund der revolutionairen Partei nennt, war früher in Paris, hatte jedoch nach Erneuerung der Statuten ihren Sitz nach London verlegt und von dort aus Emissaire herübergeschickt, um den neuen Bund zu organisiren. Ich habe, so viel es in meinen Kräften gestanden, für die Verbreitung des Bundes hier in Berlin gewirkt, und existiren zur Zeit hier zehn Gemeinden mit etwa 100 Mitgliedern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17080821118490505-13/fragment/page=0010

Die Namen der Gemeinden habe ich auf einem Blatt verzeichnet, und wird sich dasselbe unter meinen Papieren vorgefunden haben. Ich selbst gehöre zu der Gemeinde „Vorwärts", und leite ich als Vorstand die Gemeinde sowohl, wie deren Sitzungen, die ich fast allwöchentlich in meiner Wohnung, Johannisstr. Nr. 2., abgehalten habe. Zu meiner Gemeinde gehörten zehn Mitglieder aus dem Handwerkerstande, die den Statuten gemäß besondere Bundesnamen führten. Die einzelnen Namen der Mitglieder, sowohl in als außerhalb des Bundes, werde ich unter keinen Umständen angeben, weil ich es nicht übernehmen will, diese Leute unglücklich zu machen.

Das mit C bezeichnete Exemplar der Bundesstatuten ist eben das, was mir damals, es war, wenn ich nicht irre, in der Mitte des December v. J., von dem Emissair der londoner Centralbehörde zugestellt worden ist, und habe ich dieselben mit chemischer Dinte auf zwei halbe Bogen, D und E gezeichnet, abgeschrieben, um sie in mehrfachen Exemplaren abklatschen zu lassen. Dies ist mir jedoch nicht gelungen, und habe ich deshalb einen Bekannten, dessen Namen ich jedoch nicht nennen werde, beauftragt, diese Statuten zu lithographiren und mir 14 Abdrücke zu besorgen; letztere habe ich auch erhalten und bis auf vier Exemplare, die noch bei mir vorgefunden sind, an die Gemeinde-Vorsteher hierselbst vertheilt.

Nach den Statuten ist der Zweck des Bundes die Einführung einer einigen, untheilbaren sozialen demokratischen Republik, worunter ich eine solche Staatseinrichtung verstehe, wo jeder Stand gleich berechtigt ist und der Arbeiterstand der alleinige im Staate ist. Ich verknüpfe mit diesem Begriffe des Arbeiterstandes die Ansicht: daß Jeder, er mag mit seinem Geiste oder mit seinem Körper arbeiten, diesem Stande zugeführt wird, und daß unter allen Umständen die Herrschaft des Kapitals, die sich aber zum Nachtheil des Arbeiters geltend gemacht, gebrochen werden muß.

Ich bin überzeugt, daß sich eine solche Republik nur auf revolutionairem Wege erreichen läßt, und glaube auch, daß dieser Zeitpunkt nicht allzufern liegt, da die Aufregung im Volke gewaltig groß ist und Jeder sich nach einer Aenderung der jetzigen politischen Zustände sehnt. Weil aber das Volk den Druck zwar fühlt, nicht aber begreift, woher dies rührt, und auf welche Art dem Drucke abzuhelfen, so ist das Bestreben der Bundesmitglieder eben das gewesen, die arbeitende Klasse, die ich so eben als Volk bezeichnet habe, über die Zustände durch mündliche Diskussionen aufzuklären, was in der Art geschehen ist, daß in den Sitzungen der Gemeinde Fragen über sociale und politische Verhältnisse aufgeworfen und von den einzelnen Mitgliedern nach ihrem besten Wissen beantwortet wurden. Wenn sonach allmälig die Ueberzeugung bei den Einzelnen dahin Wurzel geschlagen, daß nur eine Republik eine dem Arbeiterstande angemessene Staatsform sei, so hofften wir, daß bei einer Revolution, die uns eben in naher Aussicht schien, die Republik nicht allein ausgerufen, sondern auch eingeführt werden könnte. Eben weil sich dann unsere Thätigkeit nach Außen entwickeln müßte, ist in den Statuten als eine Hauptbedingung der Mitgliedschaft die revolutionaire Energie aufgestellt worden.

Nach Abschnitt 9. der Statuten muß jedes Mitglied zur Beförderung des Zweckes des Vereines einen Beitrag zahlen, der zur Hälfte an die Centralbehörde abgeliefert werden sollte. Einen solchen Beitrag von wöchentlich 1 Sgr. habe auch ich gezahlt und von den meisten meiner Gemeindemitglieder eingezogen, dieselben jedoch bis jetzt noch nicht an die Centralbehörde abgeführt, weil der Bund erst im Entstehen und ich in diesen Tagen im Begriffe war, einen Bericht über die Ausdehnung und Wirksamkeit des Vereins an die Centralbehörde abzustatten.

Für den Fall der Revolution wollte ich meine Waffen, die ich als Mitglied des Handwerkervereins besaß, benutzen, und besaß ich aus der Zeit vor dem November v. J. auch noch eine Anzahl scharfer Patronen. Die bei mir vorgefundenen Patronen sind nicht mein alleiniges Eigenthum gewesen, sondern gehören zum Theil zweien meiner Freunde, die ihre Waffen von der Bürgerwehr nicht abliefern wollten, dieselben vielmehr bei mir untergebracht hatten, um sie bei einer ausbrechenden Revolution gebrauchen zu können. Von dem einen Gewehr habe ich nur den Lauf und die Garnitur, daß andere Gewehr aber vollständig erhalten und letzteres dann mit Beihülfe meines Freundes auseinandergenommen und in einen finsteren Keller gelegt. Die in meiner Jagdtasche befindlichen leinenen Beutel mit den Patronen sind Eigenthum meiner Freunde, die namhaft zu machen ich keine Verpflichtung zu haben glaube, und ist der Kavallerie-Säbel, der ebenfalls im Keller vorgefunden worden, im Besitze eines meiner Freunde gewesen. Im Januar d. J. habe ich von einem unbekannten Manne die bei mir vorgefundene Kiste mit acht Handgranaten erhalten, und wollte ich diese auch bei der Revolution gegen die Feinde der Arbeiter gebrauchen. Ich beschloß mehrere dergleichen anzufertigen, habe mir deshalb von einem meiner Bekannten, den ich aber nicht nennen werde, die bei mir vorgefundene Form machen lassen, auch eine Quantität Zink mir angeschafft, den Guß selbst jedoch bis jetzt noch nicht bewerkstelligt. Die Skripta A, B, G und H rühren von meiner Hand her, und sind auf dem Schriftstück H die in der Johannisstraße, Ziegelstraße und der Kalkscheunenstraße wohnenden Arbeiter aufgeführt, weil wir beabsichtigten, zur Anschaffung wohlfeiler Lebensmittel eine besondere Association zu bilden.

Den Brief B habe ich für einen Schneider Schrader in der Mittelstraße konzipirt. Die auf dem Schriftstücke G genannten Personen Hugo und Kannegießer sind Mitglieder des Vereins, haben jedoch ihre Bundesnamen geschrieben, und werde ich mich nicht dazu verstehen, die wahren Namen derselben zu nennen.

Die in dem schwarzen Taschenbuche von mir aufgesetzten Statuten eines Arbeiterklubs sind nicht zur Ausführung gekommen und habe ich dieselben bald nach den Märztagen 1848 entworfen.

Die bei mir vorgefundene Kiste mit Druckschriften und Skripturen gehört dem Dr. D'Ester, für den ich Schuhmacherarbeiten gefertigt habe, und hat er mir die Kiste zur Aufbewahrung übergeben, als er nach Aufhebung der Nationalversammlung im vorigen Jahre Berlin verließ.

p. r. s.

A. Hätzel.

a. u. s.

(gez.) Schlöttke. Mertens.

Die Handgranaten, von denen ich ein Exemplar hier vorzeigen kann, sind einer Untersuchung unterworfen worden. Sie sind mit 7 Loth sehr gefährlichem Brennstoff gefüllt, sind aus Zinn und, da das Instrument, mit welchem sie gegossen werden, auch bei der Hand war, sehr gut zu vervielfältigen. Außerdem sind in neuerer Zeit mehrfach sowohl solche Waffen gefunden worden, welche aus dem Zeughause entwandt worden sind, als auch fremde Waffen eingeführt worden. Ueberhaupt ist man einer bedenklichen Agitation wieder auf der Spur, und der Märzverein in Frankfurt thut das Mögliche, um sie zu fördern.

Bei Erwägung aller dieser Umstände mußte man das Fortbestehen der Gründe anerkennen, welche die Verlängerung des Belagerungs-Zustandes nothwendig gemacht haben. Man hat es sich daher versagen müssen, jetzt schon den Belagerungs-Zustand zu beseitigen, man mußte namentlich so lange damit Anstand nehmen, als nicht in Beziehung mit den Versammlungen auf den Straßen und freien Plätzen bestimmte Vorschriften sanctionirt waren.

Es ist zu unserer Kenntniß gekommen, daß ein Theil der hohen Versammlung für sofortige Beseitigung des Belagerungs-Zustandes aus dem Grunde stimmen werde, weil er wünscht, daß auf eine energische Weise die Ruhe hergestellt werden möge. Diese Freunde der Ordnung glauben, daß bei der Fortdauer des Belagerungs-Zustandes in der milden Form, wie er gehandhabt wird, es an Gelegenheit fehlt, die Sache zum Austrag zu bringen.

Wir haben auch diese Rücksicht erwogen; das Ministerium kann aber dieser Ansicht nicht beitreten. Das Ministerium sieht mit Befriedigung dar-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17080821118490505-13/fragment/page=0011

auf zurück, daß es ihm gelungen ist, hier in Berlin ohne Blutvergießen, ohne wiener Zustände, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, und hat die Ueberzeugung, daß ihm dies von vielen Seiten gedankt wird. Es glaubt sich dieser Verpflichtung auch fernerhin nicht entschlagen zu können; es fühlt sehr wohl die große Verantwortlichkeit, welche durch die Fortdauer des Belagerungs-Zustandes auf ihm lastet, und möchte dieser je eher je lieber überhoben sein. Es hat aber die Ueberzeugung, daß es nach Lage der gegenwärtigen Gesetzgebung und nach den vorhandenen thatsächlichen Zuständen diese Verantwortlichkeit zur Zeit noch tragen muß.

(Bravo von der Rechten. Zischen links.)